

konkrete Auswirkungen im christlichen Alltagsleben. Es gibt eine unstillbare Sehnsucht im Menschen, die nur in Gott ihre Erfüllung findet. Mit Augustinus weist de Lubac immer wieder darauf hin: »Denn du hast uns auf dich hin geschaffen, und unruhig ist unser Herz, bis es in dir ruht.«<sup>29</sup>

Wir erfahren immer wieder, daß alle menschliche Erfüllung durch Glück, Erfolg, Erfahrung von Liebe bedroht ist und unter dem Zeichen des Abschieds, letztlich im Tod, steht. Doch wir suchen nach einem unverlierbaren Glück, das in die Tiefe unseres Herzens eingeschrieben ist. De Lubac beschreibt mit der Tradition diese Unruhe als das natürliche Verlangen des Menschen nach Gott, das nur in der *visio beatifica* seine Erfüllung findet. Dieses Verlangen nach Gott ist für de Lubac auch der geheime Stachel des ganzen menschlichen Lebens, wie es sein weitgespanntes Werk aufweist, das von den Kirchenvätern zu den Vertretern des modernen Atheismus, von den großen Vertretern der Scholastik zu Proudhon, Nietzsche und Comte, aber auch zur Begegnung mit dem Buddhismus hinführt.<sup>30</sup>

Da der Mensch aber nicht aus eigenen Kräften zur Anschauung Gottes gelangen kann, denn sie ist freies und ungeschuldetes Geschenk Gottes, sind die menschlichen Grundhaltungen für de Lubac *Offenheit* für den Anruf Gottes und *Leere*, die sich von Gott auf ungeahnte Weise beschenken lassen.

Offenheit für Gott und Eingeständnis der eigenen Leere sind Chancen, hellhörig für Gott zu bleiben, sich des Nächsten anzunehmen und aus dem Glauben heraus als Zeuge Christi in dieser Welt zu leben und zu wirken.

## Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Katholiken

Von Heinz Hürten

Daß die Bundesrepublik Deutschland ohne ein intensives Engagement ihrer Katholiken nicht bestünde oder wenigstens ein grundlegend anderes Gesicht trüge, war eine unter den Zeitgenossen des Jahre 1949 weit verbreitete Meinung, und zwar gerade bei denen, die der Existenz oder der politischen Gestalt des jungen Staates in kritischer Distanz gegenübertraten. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Dr. Kurt Schumacher, auch er in seiner Art einer der großen Gründungsväter der Bundesrepublik, bezeichnete die katholische Kirche öffentlich als »fünfte Besatzungsmacht«, und ein bedeutender, wenn auch zunehmend umstrittener Kirchenmann nannte die Bundesrepublik »im Vatikan gezeugt und in Washington geboren«.

Für solche Gehässigkeiten gab es zwar keinen zureichenden Grund, aber in diesen Exaltationen wirkte die Einsicht nach, daß die junge Bundesrepublik politisch und so-

29 Conf. I,1.

30 Vgl. dazu M. Sales, Der Mensch und die Gottesidee bei Henri de Lubac. Einsiedeln 1978; N. Ciola, Paradosso e mistero in Henri de Lubac (*Corona Lateranensis* 28). Rom 1980; N. Eterović, Cristianesimo e Religioni secondo H. de Lubac. Rom 1981.

zial etwas anderes war als ein verkleinertes Deutsches Reich mit wiederhergestellter parlamentarischer Demokratie nach leicht verändertem Weimarer Muster. Daß Bonn nicht Weimar war und nicht Weimar wurde – um einen Slogan aus den frühen Jahren unseres Staates zu variieren –, hat mancherlei Ursachen, und eine davon ist gewiß das politische Verhalten des überwiegenden Teils der kirchentreuen, praktizierenden Katholiken, die meist selbst oder durch ihre Eltern mit der alten Zentrumspartei verbunden waren. Diese Gruppe steht im folgenden meist undifferenziert als »die Katholiken«, ein Verfahren, das ebensoviel an bequemer Handlichkeit gewährt und dennoch in einem geringeren Maße methodischen Bedenken ausgesetzt ist als die allgemein übliche undifferenzierte Bezeichnung der sozialistischen Parteien als »Arbeiterbewegung«.

Die Bundesrepublik war politisch und sozial nicht das Deutsche Reich in verkleinertem Maßstab. In der Weimarer Republik hatten die Angehörigen der katholischen Konfession ziemlich genau ein Drittel der Bevölkerung ausgemacht: 33 % im Jahre 1933, die nichtkatholischen Christen, einschließlich der Freikirchen und der Altkatholiken, fast das Doppelte: 62,2 % im gleichen Jahr. In der Bundesrepublik gab es hingegen im Jahre 1950 45,2 % Mitglieder der katholischen Kirche gegen 51,2 % der evangelischen. Aus der Minorität war eine Parität geworden, die sich in der Folgezeit weiter zugunsten der Katholiken verschob, so daß sie vor der Wiedervereinigung sogar knapp überlegen waren. Von dieser damals noch etwas kleineren Hälfte konnte man danach wiederum die etwas größere Hälfte als kirchentreu, praktizierend bezeichnen. Diese Gruppe bildete das soziale Substrat dessen, was man den politischen Katholizismus nennen mochte. Die politische Basis für eine katholische Aktivität war also breiter als im Deutschen Reich vor 1933, weil die gegenüberstehende Gruppe der Protestanten signifikant kleiner geworden war. Wäre die wiederbegründete Zentrumspartei im gleichen Maße von den Katholiken unterstützt worden, wie es bis 1933 der Fall gewesen war, hätte sie einen erheblich höheren Stimmenanteil bei den politischen Wahlen erhalten, aber von einer absoluten Mehrheit, vielleicht auch von einer relativen, wäre sie weit entfernt geblieben. Aber eben diese Verbesserung der alten Zentrumsposition innerhalb der Parteienlandschaft trat nicht ein. Die weitaus größere Zahl der Katholiken entschied sich für die neue CDU bzw. in Bayern für die CSU. Sie veränderte damit nicht allein die Voraussetzungen und Erfolgsbedingungen des politischen Katholizismus in grundlegender Weise, sondern bestimmte damit auch die politische Struktur der Westzonen und der späteren Bundesrepublik für die folgenden Jahrzehnte bis in die Gegenwart.

Bereits bei der Bundestagswahl von 1949 erreichte die CDU/CSU 31 % aller Stimmen, während die Zentrumspartei 1919 ihr bestes Ergebnis in der Weimarer Epoche mit 19,7 % erzielt hatte. Die vereinigten C-Parteien wurden zur stärksten Gruppe des ersten Bundestages, da die SPD nur 29,2 % aller Stimmen erhielt. Die von Konrad Adenauer gegen eine breite Stimmung in der eigenen Partei durchgesetzte Entscheidung für eine »Kleine Koalition«, welche die SPD in die Opposition verwies, polarisierte die deutsche Außen- und Innenpolitik in einem solchen Maße, daß die nächsten Bundestagswahlen als Alternative zwischen Regierungskoalition und Opposition verstanden werden mußten, wobei die Entscheidung des Wählers den Vorsprung der CDU/CSU zur SPD weiter vergrößerte und die kleinen Parteien zunehmend zerrieben wurden. Im ersten Bundestag hatte es zehn Parteien gegeben, im zweiten, der 1953 gewählt wurde, waren es noch sechs, und dieser Auszehrungsprozeß hielt an, bis es 1961 nur noch drei Parteien gab. Die FDP widerstand der Zermürbung durch die beiden Großen.

Die Konzentration der Wählerstimmen auf zwei einander als politische Alternative gegenüberstehende große Lager hatte eine doppelte Folge: Zunächst begründete sie in Verbindung mit dem durch die Verfassung fixierten konstruktiven Mißtrauensvotum eine in Deutschland bis dahin unbekannte Stabilität der inneren Kräfteverhältnisse und bewirkte eine Stetigkeit in allen politischen Aktionsbereichen, die aufs Ganze gesehen sicherlich von beachtlichem Vorteil war. Die Politik der Bundesrepublik wurde verlässlich und kalkulierbar. Sie bedeutete aber auch für beide Parteien einen Zwang, sich in Programmatik, Struktur und praktischer Politik so zu repräsentieren, daß sie sich an die Mehrheit der Bevölkerung, und nicht an ein bestimmtes Segment unterhalb der Mehrheit, wenden konnten. Hatte die CDU/CSU bereits 1953 fast die absolute Mehrheit aller Wählerstimmen für sich gewonnen und mußte sie ihre Politik darauf richten, sich diese Akzeptanz möglichst zu erhalten, so stand die SPD vor der ungleich schwereren Aufgabe, sich so umzugestalten, daß sie sich neue Wählerschichten erschließen konnte, was ihr auf dem Wege über das neue Parteiprogramm von Godesberg, ihr Einschwenken auf die Sicherheitspolitik der Regierung und durch ihre Beteiligung an der Großen Koalition 1966-1969 schließlich auch gelang.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß diese Ereignisketten ohne die spontane Entscheidung der Katholiken für die CDU und gegen das in einigen Regionen wiederbegründete Zentrum niemals zustande gekommen wären. Ein als Partei der Katholiken neuorganisiertes Zentrum hätte der SPD gegenüber keinen entsprechend starken Gegenpol bilden können; diese wäre wohl auf längere Zeit die stärkste Partei geblieben, ohne einen Druck zu verspüren, sich über ihre traditionellen Wählerschichten hinaus zu einer für viele offenen Volkspartei umzubilden; der Bundestag hätte wahrscheinlich noch längere Zeit eine größere Zahl von Parteien umfaßt und wäre somit wohl auch stärker innenpolitischen Fluktuationen ausgesetzt gewesen. Solche kontrafaktischen Überlegungen haben freilich kein höheres Gewicht als das von Vermutungen. Sie verdeutlichen aber das historische Moment, das dem Erfolg von CDU/CSU für die Geschichte der Bundesrepublik beizumessen ist. Die durch die Dominanz der CDU charakterisierte Parteienkonstellation war die Basis für die Politik Adenauers. Die Ära Adenauer verdankt sich letztlich – unbeschadet vieler anderer Faktoren – dem politischen Verhalten der Katholiken. Dies gilt nicht allein für die Anfänge dieser Ära, sondern weit darüber hinaus. Bis in die Gegenwart bilden die Katholiken den stabilen Kern der C-Parteien. Trotz aller soziokulturellen Veränderungen im Elektorat während der zurückliegenden Jahrzehnte – keineswegs als Ergebnis entsprechender Bemühungen von seiten der Partei – ist die Präferenz der Katholiken für die CDU/CSU erhalten geblieben, wenn es um die Wahlentscheidung geht.<sup>1</sup> Anders sieht es freilich bei der Mitgliedschaft aus: 1969 waren noch 73,3 % aller CDU-Mitglieder katholisch und 23 % evangelisch, seither haben sich die Proportionen rasch verändert: 1980 waren es noch 60,6 % Katholiken und 33,4 % Protestanten, und die Tendenz zum konfessionellen Ausgleich hielt in der alten Bundesrepublik weiter an.<sup>2</sup> Die Wiedervereinigung brachte einen neuen, kräftigen Schub in dieser Richtung. Wenn also die Dominanz der

<sup>1</sup> Vgl. hierzu G. Mielke/P. Schoff, Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland, in: D. Oberndörfer/K. Schmitt (Hrsg.), Kirche und Demokratie. Paderborn 1983, S. 75-94.

<sup>2</sup> Die Zahlen bei K. Gotto, Art. »Christlich-Demokratische Union«, in: *Staatslexikon*, I. Freiburg <sup>7</sup>1985, Sp. 1120.

Katholiken innerhalb der Partei bald der Vergangenheit angehören dürfte, so war sie in den entscheidenden Anfangsjahren um so ausgeprägter. Ohne die Katholiken wäre die Partei nie zu ihren politischen Erfolgen gekommen; ohne die Katholiken hätte es nie eine Ära Adenauer gegeben; ohne die Katholiken hätte es zwar den gelehrten Professor Ludwig Erhard, aber wohl nie den evangelischen Bundeswirtschaftsminister dieses Namens gegeben; ohne die Katholiken hätte die Bundesrepublik Deutschland ein anderes Gesicht.

Wenn also in einem ersten Schritt so etwas wie eine globale Verantwortung der Katholiken für die Bundesrepublik Deutschland konstatiert werden mußte, solange und soweit diese maßgeblich durch die CDU und deren politische Klientel bestimmt wurde, so gilt es nun, dieses Ergebnis zu differenzieren: Lassen sich in der Politik der Bundesrepublik Züge erkennen, die in besonderer Weise dem Willen und Handeln der Katholiken zuzuschreiben sind? Die Frage ist deshalb nicht leicht zu beantworten, weil die gesetzgeberischen Initiativen der C-Parteien regelmäßig unter Mitarbeit der evangelischen Unionspartner formuliert werden, und deshalb ausdrücklich katholische Projekte seltene Ausnahmefälle darstellen. Wichtiger und aufschlußreicher als die Suche nach solchen Sonderfällen dürfte die Untersuchung sein, ob und in welcher Weise katholische Traditionen, Programme und Ideale auf die Meinungs- und Willensbildung der Partei und über diese auf die Gesetzgebung der legislativen Körperschaften gewirkt haben. In diesem Zusammenhang kann leicht auf die sozial- und kulturpolitische Grundorientierung der alten Zentrumspartei als Erbe der CDU/CSU verwiesen werden. Die konfessionelle Volksschule auf der Grundlage des Elternwillens war stets unerläßlicher Bestand im Forderungskatalog einer Partei für Katholiken; in der CDU machte auch der evangelische Partner sie sich zu eigen. In den Ländern, in denen sie die erforderlichen Mehrheiten besaß, fielen die Schulgesetze entsprechend aus; in anderen Ländern wurden sie zum Gegenstand hartnäckiger Auseinandersetzungen. Erst die Friedensbewegung der achtziger Jahre hat in der Bundesrepublik (in Berlin gab es zu Zeiten der Blockade noch mehr) größere Menschenmengen zu Demonstrationen auf die Straße gebracht. In der Sozialpolitik dürften es vor allem zwei Elemente sein, die ohne die Aktivität der Katholiken innerhalb der Partei damals kaum vorstellbar gewesen wären, die Orientierung am Subsidiaritätsprinzip, das zwar alter christlich-demokratischer Tradition entsprach, aber als theoretisches Prinzip erstmals 1931 in der päpstlichen Enzyklika *Quadragesimo anno* formuliert worden ist. Es wurde in den Diskussionen um die gesellschaftliche Ordnung zu einem fast selbstverständlichen Argument, das zwar nicht als verbindliches regulatives Prinzip, aber als immerhin möglicher Ordnungsgesichtspunkt weithin Anerkennung gefunden hat. Das andere Element katholischer Inspiration, das die Sozialpolitik sehr eindrücklich geprägt hat, ist die Familienpolitik, die bei ihren noch zaghaften Anfängen im zweiten Kabinett Adenauers von der breiten Öffentlichkeit amüsiert bis entrüstet zur Kenntnis genommen wurde, aber heute zum unbestrittenen Bestand des »sozialen Netzes« gehört.

Anderes, was als Domäne der Katholiken und als Ort ihres besonderen Engagements bezeichnet werden muß, entsprach nicht eigentlich einem theoretischen Ansatz, sondern der historischen Tradition, der geschichtlichen Standortbestimmung der deutschen Katholiken. 1866/70 widerwillig in den kleindeutschen Nationalstaat eingetreten, hatten sie diesen doch mehr und mehr bejaht; aber als er 1945 zusammenbrach, trat gleichsam als Ersatz für die nicht mehr vorhandene nationale Identität das immer schon vorhan-

dene, aber durch die Verortung im deutschen Nationalstaat zeitweilig in den Hintergrund gedrängte Bewußtsein europäischer kultureller und religiöser Gemeinsamkeit in die Lücke. Die alsbald nach dem Zusammenbruch rasch um sich greifende Rede vom »Abendland« war weit mehr die Sache der Katholiken als die der Protestanten und Dissidenten. In der Tat hat der gemeinsame katholische Glaube, die gemeinsam erfahrene Bedrückung durch den Nationalsozialismus nach dem Kriege insbesondere Frankreich gegenüber dazu beigetragen, Kontakte zu den Glaubensbrüdern in den Siegerstaaten zu knüpfen und der Versöhnung zwischen den Völkern die Wege zu bereiten. Das Kölner Domfest vom Jahre 1948 war von seinen Organisatoren ganz als Darstellung übernationaler christlicher Gemeinschaft über die politischen Grenzen Europas hinweg angelegt worden, und in diesem Sinne ist es auch von den aus aller Welt angereisten kirchlichen Würdenträgern aufgenommen worden. Wenn auch die Begeisterung für das völkerverbindende Abendland in der politischen Misere der Zeit oftmals auch nichts anderes bedeutet haben mag als den Versuch, anstelle der Schuld begründenden nationalen Identität eine von allen Vorwürfen freie, gleichsam metapolitische Identität zu demonstrieren, so machte sie doch politischen Effekt. Wer Deutschland für das Abendland, die westliche Völkergemeinschaft reklamierte, widersprach damit implizit den »Mitteleuropa«-Konzeptionen jeglicher Provenienz und zugleich den damals umgehenden Vorstellungen von einer Brückenfunktion Deutschlands zwischen Ost und West, in die sich ein Teil der Nationalen geflüchtet hatte. Wer von »Abendland« sprach, ordnete Deutschland dem Westen zu, verwies sein Land auf die westeuropäischen Staaten als Partner und baute damit indirekt Hemmungen ab, die aus der Tradition des Nationalstaates der zaghaft ansetzenden europäischen Integration und Zusammenarbeit entgegenstanden. Solches fiel den Katholiken naturgemäß leichter als den Protestanten, denn die Teilung Deutschlands hatte die großen Denkmäler der katholischen Vergangenheit und des katholischen Anteils an der deutschen Nationalkultur – man denke an den Kölner Dom – dem Westen belassen, während die evangelischen Kernlande und Traditionsstätten – man denke an die Wartburg – durch die Zonengrenze fast unerreichbar waren. Anders als für die Katholiken war für die Protestanten die Wiedervereinigung Deutschlands zugleich eine Frage der Verbindung mit ihrer eigenen religiösen Tradition. Von diesen Voraussetzungen erklärt es sich leicht, daß die Protestanten oft in die Versuchung kamen zu meinen, es sei den Katholiken wenig bis nichts an der deutschen Wiedervereinigung gelegen, während diese bei aller nationalen Loyalität und Sorge um die Überwindung der deutschen Teilung sich unbeschwerter der europäischen Integration zuwandten und sie auch dort unterstützten, wo sie erhebliche Opfer verlangte. So haben die Katholiken nach anfänglichem Zögern das Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der deutschen Wiederbewaffnung bejaht. Der Bund der deutschen katholischen Jugend war seinerzeit der einzige unter den großen Jugendorganisationen, der sich, wenn auch unter Kautelen, dafür aussprach, und der Aufbau der Bundeswehr, die ein neues Modell militärischen Dienstes realisieren sollte, ist von den katholischen Verbänden sorgsam verfolgt und gefördert worden. Die Bejahung der Verteidigungspolitik durch die Katholiken erwies sich geradezu als entscheidend bei der 1958 einsetzenden Debatte, ob die Bundeswehr mit atomaren Trägerwaffen (ohne Verfügungsgewalt über Kernsprengköpfe) ausgestattet werden solle. Es handelte sich hierbei um mehr als eine Frage der Bewaffnung im lediglich technischen Sinne; letztlich ging es um die Position der Bundesrepublik im westlichen Bündnissystem. Aus diesem Grunde waren die

Auseinandersetzungen für die Bundesrepublik von großem Gewicht. Die Öffentlichkeit stand aber weitgehend unter dem Eindruck einer gesteigerten Bedrohung durch Atombomben. Die damals noch gesamtdeutsche Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Spandau gab zwar zu, daß es auch in ihren Reihen Anhänger der Meinung gebe, »daß Situationen denkbar sind, in denen [...] der Widerstand mit gleichwertigen Waffen vor Gott verantwortet werden kann«, forderte aber die beiden deutschen Regierungen auf, »alles zu tun, um [...] eine atomare Bewaffnung deutscher Streitkräfte zu vermeiden« (30. April 1958).<sup>3</sup> Eine entsprechende Erklärung der katholischen Bischöfe oder des Zentralkomitees der deutschen Katholiken hätte es der von der CDU regierten Regierung sicherlich unmöglich gemacht, die Ausstattung der Bundeswehr mit atomaren Trägerwaffen weiter zu betreiben. Aber eine derartige Erklärung erging nicht. Die Bischöfe schwiegen ebenso wie alle offiziellen Vertretungen des deutschen Verbandskatholizismus, und wenige Tage nach der Erklärung der Evangelischen Kirche in Spandau wurde ein Gutachten bekannt, in dem sieben bekannte katholische Moraltheologen die Ansicht vertreten, daß die Verwendung von Atomwaffen »nicht in jedem Fall Sünde« sei.<sup>4</sup> Es fand sich darin auch keinerlei Aufforderung, die umstrittene atomare Bewaffnung zu unterlassen, wie es in Spandau verlangt worden war. Es fehlte jede konkrete Stellungnahme zur Politik der Regierung, aber diese war nach Ansicht der beteiligten Theologen aus *moralischen* Gründen nicht zu beanstanden und konnte somit weiter verfolgt werden. Es gab zwar weiterhin auch unter den Katholiken erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die Zulässigkeit und Zweckmäßigkeit der von der Regierung angestrebten atomaren Bewaffnung der Bundeswehr, aber sie erschütterten nicht den massiven Block katholischer Anhänglichkeit an die C-Parteien.

Konnte somit die Haltung der Katholiken für das Schicksal der Regierung entscheidend werden, war es ihnen selbst zu Zeiten absoluter C-Mehrheiten im Bundestag nicht möglich, Ziele durchzusetzen, die doch in ihrem spezifisch katholischen Charakter die Gefolgschaftstreue der evangelischen Unionspartner überforderten. Was konfessionellen Argwohn auslöste, war a priori zum Scheitern verurteilt. Bei der Novellierung des Personenstandsgesetzes im Jahre 1957, das in seiner damals geltenden Fassung den Geistlichen mit Strafe bedrohte, der die kirchliche Trauung vor der obligatorischen Ziviltrauung vornahm, kam es zu einer Diskussion über die im Kulturkampf mit deutlich anti-kirchlicher Zielsetzung eingeführte Pflicht zur standesamtlichen Eheschließung, die von den Katholiken nur mit einem mentalen Vorbehalt für die nachfolgende kirchliche Trauung übernommen werden kann. Aber der Versuch, die Ziviltrauung fakultativ zu machen, scheiterte an einer geschlossenen Abwehrfront, die von kirchentreuen evangelischen CDU-Abgeordneten bis zu den äußersten Flügeln der Kirchenfernen reichte. Die Angelegenheit wurde rasch vergessen, wohl nicht zuletzt deshalb, weil auch die frömmsten Katholiken sich längst daran gewöhnt hatten, vor dem weltlichen Standesbeamten zu erscheinen, und niemand sich ernstlich im Gewissen dadurch beschwert fühlte. Gleichwohl zeigt diese Episode deutlich die Grenzen der Möglichkeit, katholische Desiderate mit dem Hebel der CDU/CSU zu erlangen.

3 Druck der Erklärung in: Das Wort der Kirche zu politischen Tagesfragen. Eine Materialsammlung, hrsg. im Auftrag des Militärbischofs vom Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr, 1968, S. 91f.

4 Abgedruckt in: *Herder-Korrespondenz* 12 (1957/58), S. 395-397.

Da somit in den Parlamenten von CDU und CSU nur durchgesetzt werden kann, was von den evangelischen Abgeordneten und Wählern bejaht und mitgetragen wird, und diese ihrerseits auf die Politik der gemeinsamen Partei einwirken – wobei die religiös-kirchlichen Motivationen im Laufe der Jahre zunehmend schwächer geworden sein dürften –, läßt sich ein zutreffendes Bild vom Anteil der Katholiken an Erfolg und Mißerfolg der Bundesrepublik Deutschland von den Aktionen im Bundestag und in den Landtagen her kaum gewinnen. Es bedarf weiterer Umschau. Fragen wir also: Was ist innerhalb des deutschen Katholizismus an Aufgaben und Zielen bei der Gestaltung der politischen Ordnung in Westdeutschland diskutiert worden und welche Spuren lassen sich davon in der heutigen Realität erkennen?

Zunächst ist zu erwähnen, daß die Katholiken sich bei der allmählichen Neuordnung nach dem Ende des Krieges politischen Aufgaben mit besonderer Hingabe gewidmet haben, ohne dazu wie 1918/19 durch besondere kultur- und kirchenpolitische Gefahren gedrängt worden zu sein. Ihr Engagement war von Anfang an breit gelagert. Auf dem ersten Katholikentag nach der nationalsozialistischen Zeit, 1948 in Mainz, sprach der Präsident Herder-Dorneich von der Schuld der deutschen Katholiken an den Geschehnissen der Vergangenheit, die Wiedergutmachung dieser Schuld sollte gerade dadurch erfolgen, daß die Katholiken sich für die Politik ihres Landes »verantwortlich« fühlen sollten, um »nicht noch einmal mitgerissen (zu) werden«.<sup>5</sup> An den damals tagenden Parlamentarischen Rat in Bonn richtete dieser Katholikentag eine Adresse, die nichts anderes verlangte, als die Würde der menschlichen Person, die menschlichen Grundrechte und Freiheiten vor jeder Gefährdung und Beeinträchtigung zu sichern.<sup>6</sup> Damit war ein Grundton angeschlagen, der bereits früher in wichtigen kirchlichen Verlautbarungen angeklungen war, aber bei der Betrachtung der folgenden Jahre als eine Konstante im politischen Engagement der deutschen Katholiken begriffen werden muß: Die naturrechtliche Fundierung von Grund- und Menschenrechten als Voraussetzung und Begrenzung der staatlichen Gewalt. Von Art. 1 unseres Grundgesetzes bis in die inzwischen verklungenen Debatten um die Grundwerte ist die in der nationalsozialistischen Zeit deutlicher gewordene Einsicht von der Bedeutung anerkannter vorstaatlicher Grundrechte für die politische Ordnung ein wesentliches Element für die praktische Orientierung der Katholiken gewesen, das zugleich Kooperation mit anderen politischen und weltanschaulichen Gruppierungen ermöglichte und untereinander eine breitere Gemeinsamkeit schuf, als man sie früher gesehen hatte, mochte auch die theoretische Begründung, die konkrete Inhaltsbestimmung und die Interpretation solcher Grundrechte immer verschiedenartig sein und der Diskussion unterliegen. Von ihrem naturrechtlichen Ausgangspunkt her ergab sich für die Katholiken eine starke Betonung der Rechtsstaatlichkeit und auch des Föderalismus, der abgesehen von seiner realpolitisch begründeten Verteidigung in traditionsreichen Gebieten nirgends so glühende Verfechter gefunden hat wie unter Katholiken. Das Ideal der Demokratie trat in den Anfangsjahren der Bundesrepublik in den Diskussionen der Katholiken und in kirchenamtlichen Verlautbarungen solchen Zielen gegenüber deutlich zurück. Anfänglich mögen ihr gegenüber sogar alte Vorbehalte fortbestanden haben, die durch den Mißerfolg der

---

5 Veröffentlicht in: *Der Christ in der Not der Zeit*. 72. Deutscher Katholikentag in Mainz, 1.-5. September 1948. Paderborn 1949, S. 291f.

6 Vgl. ebd., S. 308.

Weimarer Republik und den dadurch ermöglichten Aufstieg Hitlers bestätigt schienen, wie es bei Bischof Clemens August v. Galen der Fall war. Aber sie fanden keinen öffentlichen Widerhall; die Kritik an der parlamentarischen Demokratie sowohl von rechts wie später von links wurde nie zu einem Thema für die Katholiken. Die Katholiken wuchsen in diese Staatsform hinein, ohne sie als Problem zu betrachten, wie es früher in manchen katholischen Kreisen der Fall gewesen war. Sie wurden vielmehr zu deren nachdrücklichen Verteidigern nach innen wie nach außen. Die große »Hildesheimer Erklärung« des Zentralkomitees der deutschen Katholiken vom 23. November 1960<sup>7</sup>, die ein katholisches Kriterium für die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit allen demokratischen Parteien aufstellen sollte, bejahte ebenso nachdrücklich die Verteidigung nach außen wie die zur Sicherung des inneren Friedens erforderlichen, aber damals aufs heftigste umstrittenen Notstandsgesetze und die Abwehr der Extreme von rechts und links.

Stärker als die Sorge um die Einwurzelung der Demokratie in Deutschland hat die Katholiken offensichtlich die Furcht vor neuen Formen der Staatsomnipotenz bewegt. »Aufgaben und Grenzen der Staatsgewalt« waren Gegenstand eines umfangreichen bischöflichen Lehrschreibens im Jahre 1954. Dieses Interesse ergab sich aus der unverkennbaren, damals noch deutlich von der SPD geförderten Tendenz zur Ausweitung der sozialen Staatsaufgaben, die einen administrativen Kollektivismus nicht unwahrscheinlich erscheinen ließ. Im Kampfe gegen solche Bestrebungen bewährte sich das Subsidiaritätsprinzip als das scharfe Messer, mit dem jede als unbillig betrachtete Übergabe von Kompetenzen an den Staat zurückgeschnitten werden konnte. Die langjährige Vernunftfeinde der C-Parteien mit der FDP im Bund hatte im gemeinsamen Antikollektivismus etwas von einer theoretischen Basis, wenn auch der langjährige Vorsitzende der FDP, Erich Mende (1960-1968), der das Subsidiaritätsprinzip auch für seine liberale Partei proklamierte, wohl niemals begriff, was es damit auf sich hat.<sup>8</sup> Wie gering die theoretischen Gemeinsamkeiten zwischen den Liberalen und den C-Parteien im Grunde waren, zeigte sich nicht nur im beständigen kulturpolitischen Gegensatz, sondern auch in der Wende von 1969, nach der die FDP, mit der SPD durch eine individualistische Grundhaltung verbunden, ihre innenpolitischen Zielsetzungen weitgehend mit dem früheren Gegner durchsetzen konnte.

In der Reflexion der Katholiken über die Aufgaben des Staates nahm die soziale Problematik naturgemäß breiten Raum ein. Rechts- und Sozialstaat waren bereits in der ersten lehramtlichen Äußerung eines Bischofs über die staatliche Neuordnung als gleichrangige und gleich unverzichtbare Ausprägungen des christlichen Staatsideals dargestellt worden<sup>9</sup>, und die politische Praxis der Katholiken hat sich eindeutig auf dieser Linie bewegt.

Daß die Bundesrepublik Deutschland nicht zu einem verkleinerten Abbild des Deutschen Reiches wurde, hängt auch noch in anderen Hinsichten mit den Aktivitäten der Katholiken zusammen. Die administrative Elite der Weimarer Republik hatte wie die

7 In: *Herder-Korrespondenz* 15 (1960/61), S. 147f.

8 Vgl. E. Mende, Die Freien Demokraten und ihre Möglichkeiten, in: *Politischer Club VIII*. Göttingen 1962, S. 81f.

9 Hirtenbrief des Bischofs von Mainz vom 29. Juni 1949, in: W. Löhr (Bearb.), *Hirtenbriefe und Ansprachen zu Gesellschaft und Politik 1945-1949*. Würzburg 1985, S. 32-40.



des Kaiserreichs zu einem guten Teil ihre soziale Basis in den gesellschaftlich führenden Schichten der Gebiete gehabt, die nicht an die Bundesrepublik gefallen waren, aber viele ihrer Mitglieder waren in den Westen gekommen und suchten nach einer neuen Existenz in ihren angestammten Führungsberufen. Tatsächlich sind auch viele von ihnen untergekommen, was durch das verfassungsmäßig garantierte Institut des Berufsbeamtentums erleichtert wurde. Aber anders, oder jedenfalls sehr viel stärker als früher, stießen sie in der Bundesrepublik auf Konkurrenz aus den bislang in der administrativen Führungselite unterrepräsentierten Gruppen des katholischen Westens, denen alle Bemühungen der alten Zentrumspartei nicht geholfen hatten, die viel beklagte Imparität zu überwinden. Das gegenüber früheren Verhältnissen erstarkte Machtbewußtsein der politischen Führung, an dem auch die CDU nicht geringen Anteil hatte, wirkte nicht ohne merklichen Erfolg dahin, die Verwaltung unter Kontrolle zu bringen und bei der Vergabe der wichtigen Positionen in der Verwaltung ihre Gesichtspunkte geltend zu machen, ohne jedoch damit einer direkten Politisierung der Beamenschaft Vorschub zu leisten. In der innenpolitischen Situation konnten diese Bestrebungen nur zur Folge haben, daß nunmehr stärker als früher westdeutsche und katholische Beamte in Spitzenpositionen gelangten, in denen sie vordem nur gering vertreten gewesen waren. Waren unter früheren politischen Systemen das Gardekavalleriekasino in Berlin oder der Köseener SC wichtige Relaisstationen auf dem Wege in die hohen Staatsämter gewesen, so wurde dies jetzt nicht ganz ohne Grund dem CV nachgesagt. Damit war aber auch ein gewisser Konfliktstoff entstanden, der das friedliche Miteinander der Konfessionen – und damit wiederum die Arbeit der CDU – belastete; denn der protestantische Bevölkerungsteil, der in diesen Anliegen von den amtlichen Vertretern der evangelischen Kirche nicht allein gelassen wurde, sah dadurch seine zur Tradition gewordene Führungsposition in der deutschen Gesellschaft weiter bedroht und klagte häufig über Verletzung der konfessionellen Parität, was die Regierung immer wieder zwang, Statistiken zu veröffentlichen, aus denen hervorging, daß davon wirklich keine Rede sein könne. Aber solche manchmal kleinlichen Querelen der Benachteiligten, die Klagen über Konfessionsproporz, Konnexionen und »Seilschaften« sollten dem Betrachter doch nicht den Blick dafür verstellen, daß es der Bundesrepublik weit besser als dem Weimarer Staat gelungen ist, sich eine ihr gemäße und dem Primat der Politik gehorchende Verwaltungselite zu schaffen. Daß Politik und Administration getrennte Wege gingen, wurde auch auf diese Weise verhindert. Dies ist auch für das Militär gelungen, das durch Tradition und Konventionen stärker als andere Zweige der staatlichen Exekutive dazu neigt, ein Eigenleben zu führen, das schon Johann Gottlieb Fichte um 1800 als »Staat im Staate« bezeichnet hat, sondern auch im Offizierkorps durch starke, oft über Generationen reichende Berufsvererbung besonders charakterisiert ist. Dennoch sind, wohl nicht zuletzt wegen des protestantischen Argwohns vor katholischer Übermacht, die führenden Berufsgruppen von ihren früheren Trägerschichten nicht vollständig losgelöst, wie ein Blick in die Listen der Generalität oder der Botschafter zeigt. Es war schon ein Erfolg der Katholiken in der Überwindung altehrwürdiger und zäh verteidigter Vorurteile, daß das Prinzip durchbrochen wurde, nach dem nur ein Nichtkatholik Botschafter am HI. Stuhl werden darf: jetzt wird der Posten alternierend besetzt, damit kein katholischer Schwerpunkt entstehen kann.

Damit ist wieder einmal die Schranke in unseren Blick getreten, welche die Katholiken in der Politik der Bundesrepublik nur soweit zum Erfolg kommen läßt, wie es der

evangelische Unionspartner mit seinen eigenen Vorstellungen noch vereinbaren kann. Von einem katholischen Staat zu sprechen, konnte deshalb auch zu Zeiten absoluter CDU/CSU-Mehrheiten im Bund nichts anderes als Unfug sein. Aber auch ein christlicher, gleichsam bikonfessioneller Staat ist die Bundesrepublik nie gewesen und sollte sie nach den Vorstellungen der Katholiken auch nicht werden. Vielmehr galt in den Anfangsjahren der Bundesrepublik die Meinung, daß eine naturrechtliche fundierte Ordnung, wie die Katholiken sie sich vorstellten, den Staat für alle zu einer Heimat machen könne. Eine machtbewußte, auf Eroberung der Mehrheit bedachte CDU/CSU muß ja – von allen staatstheoretischen Überlegungen abgesehen, die dem Konzept eines christlichen Staates ebenso entgegenstehen wie die Traditionen des politischen Katholizismus – darauf bedacht sein, wenigstens einen Teil der liberalen, säkularisierten Öffentlichkeit für sich zu gewinnen. Denn wenn auch immer noch der überwältigende Teil der Westdeutschen einer der beiden christlichen Großkirchen angehört, so war der kirchentreuere Teil bei den Protestanten jeher und bei den Katholiken im Laufe der letzten Jahrzehnte zunehmend der kleinere. So liegt die Schranke für die Realisierung katholischer Konzepte in der Politik noch höher, als sie uns bisher schon erschienen ist. Erfolg können die in den C-Parteien operierenden Katholiken nur dann haben, wenn ihnen nicht nur der evangelische Unionspartner zustimmt, sondern auch ein nicht unerheblicher Teil der unkirchlichen Öffentlichkeit. Welche Dilemmata sich hierdurch für eine christliche Partei auftun können, werden die kommenden Jahrzehnte wohl noch deutlicher machen als es die Gegenwart, etwa mit der Diskussion um den § 218 (Abtreibung) oder der moralische Normen als nicht-existent voraussetzenden Anti-Aids-Kampagne der Regierung, schon reichlich genug tut.

Trotz vieler Belastungen ist in der Bundesrepublik eingetreten, was zu Anfang unwahrscheinlich, kaum zu hoffen war, daß dieser Staat von seinen Bürgern als Heimat anerkannt würde. Dies ist in solchem Maße eingetreten, daß die Frage, die lange Jahre hindurch die Frage aller Fragen schien, die deutsche Wiedervereinigung, in der Rede des Bundespräsidenten zum 40-jährigen Jubiläum unserer Republik auf einen halben Satz zusammenschrumpfen konnte, und die wider alle Erwartung eingetretene Wiedervereinigung hat die Bundesrepublik historisch in einer Weise bestätigt, welche die einmal erreichte Akzeptanz außer Frage stellt. In der Anerkennung der Bundesrepublik als legitimen deutschen Staat, als politische Heimat, in der Achtung ihrer Institutionen und ihrer Farben, die niemand mehr wie in der Weimarer als »Schwarz-Rot-Senf« zu verhöhnern denkt, sind die Katholiken anderen Bevölkerungsgruppen vorausgeeilt, sie waren, um das viel zitierte Wort auch zu benutzen, »die eigentlichen Entdecker der Bundesrepublik«.<sup>10</sup> Daß sie dies waren, ergab sich aus der Rolle, die sie bei der Gestaltung dieses Staates gespielt haben; daß sie damit nicht allein blieben, sondern ihnen die übergroße Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung auf dem Wege dieser Bejahung gefolgt ist, scheint ein Hinweis, daß sie ihre Rolle nicht schlecht gespielt haben.

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist oft als »Erfolgsgeschichte« bezeichnet worden, und wenn man sich der außerordentlichen innen- und außenpolitischen Belastungen bewußt ist, denen dieser Staat bei seinem Entstehen ausgesetzt war, kann dieser Ausdruck kaum in Frage gestellt werden. Aber auch 40 Jahre eines nur

<sup>10</sup> G. Schmidtchen, Protestanten und Katholiken. Soziologische Analyse konfessioneller Kultur. Bern/München 1973, S. 245.

temporär unterbrochenen oder gebremsten Aufstiegs in vielerlei Hinsicht geben keine Garantie der Dauer. In einer kritischen Bilanz fehlt es auch nicht an Defiziten. Das erste und wohl schwerwiegendste betrifft das Wertbewußtsein der Deutschen. Konrad Adenauer hat einmal zu de Gaulle gesagt, die CDU sei gegründet worden, um Nationalismus, Materialismus und Atheismus zu bekämpfen<sup>11</sup>, und an anderer Stelle hat er die Meinung vertreten, die »Lebensessenz« dieser Partei sei die Abwehr der Ideen, die den Nationalismus groß gemacht haben.<sup>12</sup> Für eine derartige Fixierung der Partei im Grundsätzlichen dürfte es heute kaum mehr die nötigen Voraussetzungen im öffentlichen Bewußtsein geben. Die Grundwertedebatte der siebziger Jahre hat vielmehr gezeigt, daß die Gemeinsamkeiten in den grundlegenden Auffassungen geringer und die Meinung schmal geworden ist, daß die Bundesrepublik für eine Ordnung steht, deren Inhalt und Sinn die Überwindung des Totalitarismus in all seinen Spielarten ist. Aber noch ist kein anderer Gedanke an die leer gewordene Stelle getreten. So kann man sich fragen, was denn unsere Nation innerlich zur Einheit konstituiert. Solange die eingespielten Techniken der Gesellschaftsgestaltung funktionieren, bedeutet dies wohl nicht sehr viel. Aber wenn einmal grundlegende Entscheidungen, etwa im Falle der von manchen Kreisen wahrscheinlich erfolglos angesetzten neuen Verfassungsgebung, gefordert sein sollten, könnte dieses Defizit ernstere Folgen haben. Von der um sich greifenden Erosion der Wertbasis kann auch die CDU/CSU – ebenso wie die Kirche – nicht unberührt bleiben. Die christlichen Parteien leben letztlich aus dem religiösen oder weltanschaulichen Fundus ihrer Anhänger, und wenn sie ihrem ursprünglichen Bilde treu bleiben wollen, können sie sich nur von dort aus erneuern. Aber nicht nur die Säkularisierungswelle, die Katholiken und Protestanten in Deutschland mit voller Wucht erfaßt hat, erschwert eine solche Regeneration. Kirchliches und politisches Engagement sind im Laufe der Jahre weiter auseinandergetreten, als es früher der Fall war. Die christliche Inspiration der C-Parteien muß somit fast zwangsläufig schwächer werden. Dies kann sie schon in näherer Zukunft in ernste Probleme bringen, vornehmlich dann, wenn sie nicht mehr die verhältnismäßig günstige Aussicht bietet, ihren Anhängern zur Teilhabe an der politischen Macht zu verhelfen. – So schließt unser Rundblick mit der besorgten Feststellung, daß die Katholiken einen wesentlichen, unverwechselbaren, ja unersetzlichen Anteil an der Gestaltung und am Erfolg des historischen Experiments Bundesrepublik Deutschland besitzen, daß aber für die Zukunft ihre Gestaltungskraft und ihr Erfolg in Frage gestellt ist; welche Probleme sich dadurch für den Staat Bundesrepublik Deutschland ergeben mögen, dies zu beschreiben, ist nicht mehr Sache des Historikers.

---

11 K. Adenauer, *Erinnerungen 1955-1959*. Stuttgart 1967, S. 425f.

12 K. Adenauer, *Reden 1917-1967*. Eine Auswahl, hrsg. v. H.-P. Schwarz. Stuttgart 1967, S. 441.